Landgericht Koblenz

In dem Verfahren gegen Iskenius u.a.
- Az. 16 Ns 2010 Js 53451/18 -

wird beantragt,

die Bundesministerin der Verteidigung, Frau Annegret Kramp-Karrenbauer, ladungsfähige Anschrift: Bundesministerium der Verteidigung, Staufenbergstrasse 18, 10785 Berlin,

als Zeugin zu vernehmen zum Beweis der Tatsache, dass

- die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland und das Bundesverteidigungsministerium nach und aufgrund eingehender rechtlicher Untersuchungen, Beratungen und Gutachten die rechtliche Auffassung und den Standpunkt vertreten, dass die Bundesrepublik Deutschland rechtlich gebunden ist, von niemandem die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen und sonstige Nuklearsprengkörper mittelbar oder unmittelbar anzunehmen,
- diese rechtliche Einschätzung auch intern gegenüber allen Soldaten der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich kommuniziert wird, so etwa in der ZDV (Zentrale Dienstvorschrift) A-2141/1, einer dieser nachfolgenden Dienstvorschrift und weiteren dienstlichen Vorgaben und Mitteilungen.
- die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland auf ihrem Fliegerhorst in Büchel gleichwohl Nuklearsprengkörper verfügbar hält,
- die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland plant, diese Nuklearsprengkörper im Falle einer Natoanweisung selbständig mit militärischen Flugobjekten zu verbinden

und auf Ziele nieder- und zur Explosion zu bringen, welche immer auch von Menschen okkupiert werden,

- die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich aber sogar auch ohne eine solche Natoanweisung die Nuklearsprengkörper mit militärischen Flugobjekten verbinden und in ein ausgewähltes Ziel niederbringen kann und bereit hierzu ist.
- die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Natoanweisung zur Zündung eines Nuklearsprengkörpers in einem vorgegebenen Ziel keine eigenen Entscheidungs- oder Einflussmöglichkeiten und/oder Befugnisse zur Änderung, Aufschiebung oder einem Abbruch der Durchführung der Anweisung hat,
- die im Fliegerhorst Büchel von der Bundesrepublik Deutschland gelagerten Nuklearsprengkörper solche vom Typ B61-3/4 sind,
- die Nuklearsprengkörper in Büchel mit einem Permissive Action Link (PAL) zur Scharfstellung der Sprengkörper vor der Verbringung mit militärischen Flugobjekten ausgestattet sind, dessen Zugriffssysteme ebenfalls in Büchel zur Aktivierung der Sprengkörper auch durch die Bundeswehr vorgehalten wird,
- die Nuklearsprengkörper jedoch nicht über ein Command Disablement System (CDS) verfügen, welches eine Deaktivierung eines scharfen Nuklearsprengkörpers auch durch (spätere) Funksignale vor Detonation erlauben würde,
- im Falle einer Detonation eines solchen Nuklearsprengkörpers die etwa 13-fache Sprengkraft der Bombe von Hiroshima entfesselt wird,

- für diesen Fall unabhängig vom Ort der Detonation des Nuklearsprengkörpers von massiven Verlusten und hohen Opferzahlen in mindestens hoher vierstelliger Zahl in der an einen Detonationsort oder seinem weiteren räumlichen Umfeld befindlichen Ansiedlungen, Produktionsstätten und Verkehrswegen auszugehen ist,
- im Falle einer Detonation eines der in Büchel aktuell gelagerten Nuklearsprengkörper oder auch geplanten Nachfolger nach strategischen Berechnungen und Bewertungen davon auszugehen ist, dass zwingend auch Zivilisten und wahrscheinlich zudem geschützte Kulturgüter und zivile Schutzeinrichtungen getötet und zerstört werden,
- die auf ihrem Luftwaffenstützpunkt in Büchel zum Einsatz mit militärischen Flugkörpern gelagerten Nuklearsprengkörper ein Mittel unterschiedsloser Tötung darstellen, welches nicht unter Ausschluss ziviler und kultureller Opfer eingesetzt werden kann,
- im Falle einer Detonation eines in Büchel gelagerten Nuklearsprengkörpers eine mindestens Jahrzehnte anhaltende Strahlenbelastung im erweiterten Großraum um den Detonationsort mit einem Radius von mindestens 50 Kilometern auftreten wird aus welcher für Personen, die dieser Strahlenbelastung auch nur kurz ausgesetzt sind, ernsthafte Gesundheitsschädigungen bis zum Tode drohen,
- die Bundesrepublik Deutschland sich nach internationalem Grundsätzen und Recht verpflichtet sieht, im Falle kämpferischer Auseinandersetzungen Zivilisten und Kulturgüter zu schützen und Verletzungen hiergegen als Kriegsverbrechen zu werten sind,
- eine Abschreckung durch Vorhaltung von Nuklearsprengkörpern nach Verständnis der Bundeswehr

der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung militärisch nur sinnvoll ist, wenn hinter der Vorhaltung auch der unbedingte Wille des Einsatzes nach Notwendigkeit besteht,

- die Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland auch aktuell ihre Bewertungskriterien für Einsätze von Atomsprengkörpern fortwährend neu bewertet und Entscheidungsketten gegen bestehende und wachsende Versuche der Einflussnahme, technische Störungen und Cyberangriffe schützt und diesen Schutz ausbaut,

- die Führung der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland selbst aufgrund durchgeführter Analysen davon ausgeht, dass die (Militär-)Führung der United States of America ohne Zögern bereit ist, einen Einsatz auch der in Büchel gelagerten Nuklearsprengköpfe auf auch international geächtete Ziele oder zu nach internationalem Recht verbotenen Zwecken beziehungsweise mit verbotenen - so insbesondere auch durch Verdrehung, Verdeckung oder anderweitige Abänderung tatsächlicher und Vortäuschung falscher Sach- und Informationslagen zu befehlen und gegenüber der NATO und der Bundesrepublik Deutschland (erfolgreich) durchzusetzen,

- die Führung der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland selbst davon ausgeht, dass damit ein gegenwärtiger rechtswidriger Angriff auf Grundrechte und international geschützte Rechtsgüter vorliegt beziehungsweise unmittelbar bevorsteht.

Die Bundesrepublik Deutschland hält entgegen ihrer vertraglichen Verpflichtungen wie etwa im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 01. Juli 1968 die

unmittelbare, mindestens jedoch mittelbare Verfügungsgewalt über Nuklearsprengkörper inne.

Die Absichten und rechtlichen Verpflichtungen zum Schutz von Zivilbevölkerung und Kulturgütern sind dabei nicht mit den zum Einsatz vorgehaltenen Nuklearsprengköpfen in Einklang zu bringen, da eine Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung sowie militärisch genutzten Einrichtungen und Kulturgütern mit einer Massenvernichtungswaffe wie den streitgegenständlichen in Büchel nicht zu tätigen ist.

Allein die Möglichkeit zur militärischen Falscheinschätzung – deren Möglichkeit die Bundesregierung durch kapitalintensive Versuche der Begegnung und Vorbeugung gegen Einflussnahmen, Störungen und Angriffe bestätigt – und der damit gegebenen Möglichkeit des Einsatzes der Massenvernichtungswaffen – damit aber auch schon die Lagerung und der unmittelbare Besitz durch die Bundesrepublik Deutschland stellt – je nach Betrachtungsweise – entweder einen gegenwärtigen Angriff gem. § 32 StGB, mindestens aber eine gegenwärtige Gefahr gem. § 34 StGB dar.

Für die Gegenwärtigkeit des Angriffs beziehungsweise der Gefahr i. S. des § 32 bzw. 34 StGB ist insoweit nicht erst die Vornahme der Verletzungshandlung / Eintritt der Rechtsgutsverletzung entscheidend, sondern bereits der Zeitpunkt der durch den bevorstehenden Angriff / die bevorstehende Gefahr geschaffene bedrohliche Lage. Der Rahmen der erforderlichen Verteidigung wird dabei von den gesamten Umständen der objektiven Lage bestimmt, namentlich durch den konkreten Ablauf von Angriff und Abwehr, von Stärke und Gefährlichkeit des Angreifers / der Gefahrensituation und die Verteidigungsmöglichkeiten des Angegriffenen / Gefährdeten, ferner von den Absichten des Angreifers und die von ihm ausgehende Gefahr einer Rechtsgutsverletzung (vgl. BGH, Beschluss v. 13.04.2017 – 4 StR 35/17).

So liegt es dann auch hier: Die bereits rechtswidrige Vorhaltung der Sprengkörper dient dem unbedingten Einsatz derselben. Allein diese grundsätzliche Möglichkeit ist eine ausreichend bedrohliche Lage. Dies nicht zuletzt auch unter Berücksichtigung von möglichen und historisch bereits belegten und deswegen allgemein bekannten Fehlern, die zu einem versehentlichen Einsatz von Massenvernichtungswaffen führen können. Denn auch die in der Vergangenheit bereits dokumentierten absichtlichen Falschberichte der amerikanischen Militärführung über Bedrohungslagen, wie etwa zur Rechtfertigung des Irakkrieges oder der völkerrechtswidrigen Assassinierung des irakischen Generals Kassem Suleimani – zeigen, dass die Gefahr immanent ist, dass die amerikanische (Militär-)Führung die Deutsche Bundeswehr mit den in Büchel gelagerten Nuklearwaffen zu zudem vorgetäuschten Zielen und mit zudem vorgetäuschten Absichten zu eigenen und hiervon unabhängigen Zielen nutzt. Präsident Trump hat nicht nur zuletzt durch die Abschaffung des Bannes von Landminen nochmals deutlich demonstriert, dass ihm als Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte jedes Mittel recht ist, amerikanische Interessen zu vertreten.

Entsprechende Äußerungen hat nicht nur Präsident Trump, sondern haben zudem auch zahlreiche weitere Regierungsmitglieder gegenüber der amerikanischen nationalen, wie auch der internationalen Presse wiederholt geäußert.

Damit ist eine bedrohliche Lage im Sinne des § 32 / 34 StGB gegeben.

Die Verteidigungs- / Abwendungshandlung war in Anbetracht der 13-fachen Vernichtungskraft der Hiroschimabombe nur eines der vorgehaltenen Sprengkörper auch angemessen - hier wurde von den Trägern des Aachener Friedenspreises nur friedlich aktiv ein Stück Land ohne Erlaubnis der widerrechtlich handelnden Deutschen Bundeswehr betreten.

Diese lediglich vorübergehende Störung wäre in Anbetracht bereits einer denkbar geringsten Gefahr der unterschiedslosen

Tötung tausender, ja hunderttausender oder sogar mehr Opfern offensichtlich angemessen.

Vorliegend ist die Gefahr indes – vielleicht nicht überwiegend, aber – realistisch bestehend. Damit ist die Verteidigungs-/ bzw. Abwendungshandlung angesichts des schier unvorstellbaren Gefahrenpotentials dennoch offensichtlich angemessen.

Auch waren die Angeklagten nicht auf den Rechtsweg zu verweisen, da allein bereits das faktische und finanzielle Ungleichgewicht mit etwa einer über hundert Millionen an nur Berater zahlenden Bundeswehr die Verzögerung und Ausschöpfung des gesamten Rechtsweges sowie den faktischen finanziellen Ruin der Angeklagten zur Folge hätte, ohne dass auf absehbare Zeit der Gefahr begegnet würde.

Mit der friedvollen Aktion wurde die Gefahr jedoch unmittelbar – wenn auch nur für kurze Zeit – vollständig beseitigt, da keine mit Nuklearsprengköpfen bestückten Flugkörper starten konnten.

Die beantragte Beweiserhebung wird damit unmittelbar die Rechtfertigung der Angeklagten belegen.

Ohnehin fällt auf, dass die Staatsanwaltschaft Koblenz zunächst Fälle entsprechender Aktionen nach § 153 StPO wegen geringer Schuld eingestellt hat.

Wieso sich dieser Schuldmaßstab plötzlich verschoben hat zu Lasten der aktuellen Angeklagten bleibt einzig das Geheimnis der Staatsanwaltschaft, wirkt jedoch so, als dürfe nicht sein, was nicht sein solle.

Dies ist indes kein Maßstab der StPO oder des StGB.

Unabhängig davon ist es auch falsch, wenn die Staatsanwaltschaft vorbringt, den Angeklagten stünde keine Rechtfertigung

zu, da sie sich gegen eine Einrichtung eines demokratisch legitimierten Staates, beziehungsweise gegen eine aufgrund demokratisch legitimer Entscheidungen bestehende faktische Situation richtet.

Ein (strafrechtlicher) Unrechtsgehalt einer Tat beziehungsweise Situation und die Gefährlichkeit einer solchen wird selbstverständlich nicht durch eine allgemein zugrundeliegende demokratische Legitimation beseitigt.

Denn die Bundesregierung beziehungsweise Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland handeln zwar aufgrund demokratischer Legitimation, jedoch entgegen eigener Rechtsauffassung und Kenntnis tatsächlicher Umstände und Gefährdungslagen.

Eine grundsätzliche demokratische Legitimation einer politischen oder staatlichen Entität ist keineswegs nur nach dem Verständnis der Väter des Grundgesetzes kein Freibrief für die Gefährdung der grundlegenden Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit.

Diese sind nicht zuletzt auch hinsichtlich deutscher BürgerInnen in Gefahr durch die Kenntnis anderer potentieller Angriffsstaaten oder –entitäten vom Lagerort der Nuklearsprengköpfe.

Es wird beantragt, der Verteidigung auf die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft, welche schriftlich erbeten wird, eine angemessene Frist zu ergänzender Stellungnahme zu gewähren.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der heutige Termin anberaumt wurde in der Kenntnis der Verhinderung des einzigen Verteidigers der Angeklagten.